

## **Freidenker-Verband der DDR. Politbüro-Gründung versus Stasi-Gründung: Wo ist der Unterschied?**

Autor: Dr. Siegfried Heimann

Drei Fragen sollen im Mittelpunkt der Darstellung stehen:

I. Wie sah die Kirchenpolitik von KPD/SED unmittelbar nach Kriegsende 1945 aus und wie kam es, dass die der Arbeiterbewegung verpflichtete Freidenkerbewegung aus der Zeit der Weimarer Republik in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR (bis 1989) keine Fortsetzung fand? Gab es aber vielleicht doch Reste davon nicht zuletzt in Berlin?

II. Wie sah die Kirchenpolitik der SED/DDR, ihre Etappen, Zäsuren und Ungereimtheiten bis zum Jahre 1989 aus und welche Folgen hatte diese Politik auf die Situation der Kirchen in der DDR (was vor allem die Evangelische Kirche meint)?

III. Wie und warum kam es 1988/89 zur Gründung eines Freidenkerverbandes in der DDR?

IV. Schlussbemerkung: Überlegungen als Antwort auf die in der Überschrift gestellte Frage.

### **I. Zur Kirchenpolitik von KPD/SED unmittelbar nach Kriegsende 1945 und warum keine Freidenkerbewegung nach 1945 in der SBZ/DDR?**

Die Politik der SED und zuvor schon der KPD war auch in der Kirchenpolitik bestimmt von den Vorgaben der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Diese hatte schon im Juni 1945 die Gründung antifaschistischer und demokratischer Parteien erlaubt und bald waren nach KPD und SPD und einer liberalen Partei (LDPD) auch eine christliche Partei (CDU) erlaubt, die in ihrem Gründungsaufwurf einen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ propagierte. Die sowjetischen Kultur-Offiziere berichteten von freundlichen Gesprächen besonders mit den Evangelischen Kirchenleitungen und von der baldigen Lizenzierung kirchlicher Zeitungen, wie sich der Chef der Informationsabteilung der SMAD, Sergej Tulpanow erinnerte.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Sergej Tjulpanow, Deutschland nach dem Kriege (1945-1949), Erinnerungen, 2. Auflage, Berlin 1987, S. 240

Das betraf auch die Frage der „Entnazifizierung“. Den Kirchen wurde durch Beschluss der Alliierten „das Recht der ‚Selbstreinigung‘ zugestanden“, was in den verschiedenen Landeskirchen unterschiedlich ernst genommen wurde. Noch 1945 entschieden sich die meisten der nur kommissarisch berufenen Kirchenleitungen rigoros vorzugehen und alle Geistlichen, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren oder führend bei den „Deutschen Christen“ tätig waren, „grundsätzlich zu entlassen“. In Thüringen verloren so 22 von 37 Superintendenten und 84 weitere Geistliche ihr Amt. Ähnliche Zahlen sind in den anderen Landeskirchen der sowjetischen Besatzungszone zu finden. Erst nach dem SMAD-Erlass vom 16. August 1947, der „die nominellen Mitglieder NSDAP aus der Entnazifizierung ausklammerte“, änderte sich auch die Rigidität der Landeskirchen bei der „Selbstreinigung“ in ihren Reihen. Aber es konnte keine Rede davon sein, dass es in den Kirchen keine Entnazifizierung gegeben hätte, nur weil sie ein anderes Wort dafür benutzten.<sup>2</sup>

Unmittelbar nach Kriegsende kam es dennoch vereinzelt zu dem Versuch, den Einfluss der Kirchen zurückzudrängen, so etwa, als in Sachsen der „Zentralverein der Inneren Mission“ aufgelöst wurde. Die Sowjetische Militärverwaltung griff ein und machte die Auflösung rückgängig. Die SED hielt sich künftig an die sowjetischen Vorgaben, auch wenn es einigen Mitgliedern – übrigens aus der KPD und der SPD herkommend – merkwürdig vorkam. In einem Flugblatt „SED und Christentum“ vom 27. August 1946 heißt es; „Am Neuaufbau Deutschlands haben auch die Kirchen aller Konfessionen teil. [...] Die SED hat sich auch der Kirche gegenüber stets bereit erklärt, alles zu tun und jede Hilfe zu gewähren, um den Glaubensgemeinschaften eine positive Mitwirkung am Neuaufbau Deutschlands zu ermöglichen. [...] Die frühere allgemeine Ablehnung der Kirche durch die sozialistische Arbeiterbewegung galt nicht dem christlichen Glauben. Sie galt der Kirche als Machtinstrument der herrschenden Klassen [...] Der Sozialismus hat sich immer zu dem Grundsatz bekannt: Der Glaube ist eine persönliche Angelegenheit des einzelnen Menschen.“ Nun, so weit, so gut. Aber das Flugblatt endet doch ziemlich überraschend: „Der christliche Glaube und die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft sind kein Hinderungsgrund für das Bekenntnis zum Sozialismus und für die Mitgliedschaft in der marxistischen Partei.“

---

<sup>2</sup> Vgl. dazu: Horst Dähn, Kirchen und Religionsgemeinschaften (besonders Kapitel. Kirchen und Entnazifizierung), in: SBZ-Handbuch, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 824 ff. Vgl. auch: ders., Die Kirchen in der DDR (1945-1989), in: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, hrsg. von Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert, Paderborn 2003, S. 209. Vgl. auch: J. Jürgen Seidel, Aus den Trümmern 1945. Personeller Wiederaufbau und Entnazifizierung in der evangelischen Kirche in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Einführung und Dokumente, Göttingen 1996

Da das Flugblatt noch 1947 Aufnahme in einer von Otto Meier in Berlin herausgegebenen Textsammlung mit dem Titel: „Partei und Kirche“ fand, ist anzunehmen, dass auch noch in diesem Jahr der letzte Satz weiterhin erklärte Politik der SED gegenüber den Kirchen war.<sup>3</sup> Das Zitat überrascht, weil während der Weimarer Republik die KPD das Auftreten von „religiösen Sozialisten“ in der SPD als Beweis für die „Verlumpung und Verlotterung der SPD auf dem Gebiet der marxistischen Weltanschauung“ ansah, wie Peter Maslowski 1926 in der Zeitschrift „Die Internationale“ schrieb.<sup>4</sup>

Wie aber passte das mit der langen Tradition der Freidenkerbewegung in der Arbeiterbewegung zusammen? Sie war zwar in der Endphase der Weimarer Republik ähnlich zerstritten, wie die Arbeiterparteien und die Gewerkschaftsbewegung. Dennoch aber war gerade für die KPD auch in der Frage der Freidenker die Sowjetunion das große Vorbild.

In der Sowjetunion gab es seit 1929 den „Verband der kämpfenden Gottlosen“ (auch: der streitbaren Gottlosen). Der Verband war Mitglied der „Internationalen proletarischen Freidenkerunion“ (also der kommunistisch orientierten Freidenker u.a. in Deutschland) und nahm an deren gemeinsamen Treffen teil. Aus der Kazaner Kathedrale in Leningrad, in „der Festung unserer Klassenfeinde“, wie es eine Propagandaschrift im Jahre 1929 formulierte, war ein „Museum der Religion und des Atheismus“ geworden.<sup>5</sup> Der „Verband der kämpfenden Gottlosen“ hatte 1941 um die 3,5 Millionen Mitglieder.

Im Jahr 1941 aber erreichte der Zweite Weltkrieg auch die Sowjetunion. Die Russisch-Orthodoxe Kirche sollte helfen, den Ansturm der Nazi-Truppen abzuwehren. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 verfügte Stalin die sofortige Einstellung der antireligiösen Propaganda. Die russisch-orthodoxe Kirche machte im „Großen Vaterländischen Krieg“ wohl oder übel ihren Frieden mit dem atheistischen Staat. Ein Beschluss des ZK der sowjetischen Kommunistischen Partei vom 27. September 1944 „Über die wissenschaftlich-aufklärerischen Propaganda“ machte allerdings klar, dass Kirchenkritik nunmehr „indirekter“ und subtiler“ zu erfolgen habe, nämlich „mittels einer breit geführten naturwissenschaftlichen Propaganda“.<sup>6</sup>

---

<sup>3</sup> Das Flugblatt ist in Auszügen abgedruckt in: DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945-1985, hrsg. von Hermann Weber, München 1986, S. 85 ff.. Vgl. auch: Otto Meier, Partei und Kirche, Berlin 1947

<sup>4</sup> Zit. nach: Michael Rudloff, Weltanschauungsorganisationen innerhalb der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, Frankfurt a/M 1991, S. 127

<sup>5</sup> Vgl. Igor J. Poljanski, Geister der Erinnerung. Das Atheismuseum als sowjetischer Erinnerungsort, in: ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam 2008, S.116

<sup>6</sup> Vgl. Igor J. Poljanski, Das Rätsel DDR und die „Welträtsel“. Wissenschaftlich-atheistische Aufklärung als propagandistisches Leitkonzept der DDR, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 36/37, Juni 2006, S. 20f.

Aufgelöst wurde der Verband der Gottlosen erst im Jahre 1947 und es kam zur Gründung der „Allunionsgesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher und politischer Kenntnisse“. Aber am Verbot offener „antireligiöser Propaganda“ änderte sich nichts. Das mochten Mitglieder der KPD im Moskauer Exil und – zurückgekehrt aus dem Exil – in der SBZ zunächst teilweise anders sehen, aber einen Spielraum für die Förderung einer Freidenkerbewegung besaßen sie nicht.

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) begann zwar erst nach 1947 die „Stalinisierung“ der SED, die Veränderung der SED in eine „Partei neuen Typus“, aber damit wurde lediglich endgültig klar, dass 1945 (abgesehen von den in den „Säuberungen“ Umgebrachten und in den Gulags umgekommenen Kommunisten) mit der Gruppe Ulbricht und anderen KPD-Emigranten vor allem „Stalinisten“ zurückgekommen waren, die nur notgedrungen zunächst einen „besonderen Weg zum Sozialismus“ (Anton Ackermann) verfolgten und die Parität mit den Sozialdemokraten in der zwangsvereinten SED akzeptieren mussten.<sup>7</sup>

Versuche von kommunistischen Freidenkern, eine eigene Organisation zu gründen, wurden untersagt. Ernst Jeske, während der Weimarer Republik Freidenker und Kommunist, nach Kriegsende Mitglied der KPD und der SED, wandte sich im Mai 1946 mit seinem Vorschlag, die Freidenker organisatorisch zusammenzufassen, direkt an den SED-Vorsitzenden Wilhelm Pieck. Die Antwort – nicht von Pieck, sondern von der SED Berlin, Abteilung Kultur und Erziehung – war ablehnend. Ein neuer Kulturkampf sei nicht erwünscht, deswegen sei die SED „gegen die Gründung von Freidenkerorganisationen“, zumal „in unserer Partei ... heute auch Geistliche der verschiedenen Konfessionen Mitglied [werden]“. Das klang noch freundlich, aber nur wenige Jahre später, Ende 1949, wurde Jeske wegen „ideologische(r) Verworrenheit“ und wegen „Unvermögen Selbstkritik zu üben“ aus der SED ausgeschlossen. Er verlor seine Stelle beim Verkehrsministerium der DDR und wurde 1951 verhaftet (seine Familie erfuhr über ein Jahr nicht, wo er war), 1952 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und erst 1956 wieder entlassen. In der DDR hielt ihn nichts mehr, in Westberlin wurde er Mitglied der SPD und Mitglied der „Freireligiösen Gemeinde“ und bald auch deren Vorsitzender.<sup>8</sup>

Aber zurück ins Jahr 1946/47: Horst Groschopp merkt zu Recht an, dass es in jenen Jahren ein direktes Verbot einer Freidenkerorganisation, „wie manchmal in der Literatur zu

---

<sup>7</sup> Zu Ackermann im Jahre 1946 vgl. Andreas Malycha, Der „besondere deutschen Weg“ zum Sozialismus. Eine Ackermann – Legende?, in: utopie kreativ, 6 /Februar 1991, S. 55-64

<sup>8</sup> Vgl. dazu, auch für die Zitate, die sorgfältig recherchierte Untersuchung von: Anke Reuther, Annäherungen an die Lebenstationen des Freidenkers Ernst Jeske, in: Horst Groschopp/Eckart Müller, Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Aschaffenburg 2013, S. 208-223

finden“ ist, nicht gab, wohl aber ein „indirektes Freidenkerverbot“.<sup>9</sup> Aber problematisch ist in dem Zusammenhang, sich auf Absprachen innerhalb des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ (NKFD) zwischen KPD-Kadern und gefangenen Militärpfarrern zu berufen. Das am 12./13. Juli in Moskau gegründete (und Ende 1945 schon wieder aufgelöste) NKFD war „im Wesentlichen ein Instrument der sowjetischen Frontpropaganda und der antifaschistischen ‚Umerziehung‘ von deutschen Soldaten“.<sup>10</sup> Den gleichen Zweck sollte der Mitte Juni 1944 gegründete „Arbeitskreis für kirchliche Fragen“ im NKFD erfüllen. Der damalige Divisionspfarrer Friedrich Wilhelm Krummacher (am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und von 1955 bis 1977 Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche in der DDR) machte zusammen mit Walter Ulbricht Lautsprecheraufrufe an der Front, um Soldaten zum Überlaufen aufzufordern. Die Vorgaben für die in hoher Auflage veröffentlichten Appelle des kirchlichen Arbeitskreises (u.a. „Appel an die Christen an der Front und in der Heimat“ mit schwarz-weiß-rotem Emblem) formulierten die dafür zuständigen Abteilungen der KPdSU bzw. der sowjetischen Regierung.<sup>11</sup>

Die KPD hatte also bereits damals keinen Spielraum für andere Absprachen mit Kirchenvertretern. Ihr blieb gar nichts anderes übrig, als für die Zeit nach Kriegsende die Förderung der Kirchen zuzusagen, so wie es schon in der Weimarer Reichsverfassung vorgesehen war. (Und so kam es im Übrigen auch, dass der Reichsdeputationshauptschluss von 1803 in manchen Texten herumgeisterte). Das wurde unmittelbar nach der Rückkehr der kommunistischen Emigranten aus Moskau deutlich. In einem Gespräch mit Stalin, zu dem Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Gustav Sobottka am 4. Juni 1945 nach Moskau eingeladen worden waren, schimmerte zwar bei der Vorstellung des geplanten KPD-Entwurfs über Schulfragen bei der Wortwahl noch die alte Haltung gegenüber den Kirchen durch: Es hieß in den Pieck-Notizen über das Treffen mit Stalin: „Schulfragen – [...] kein Religionsunterricht in der Schule – Jugend nicht durch Popen verwirren lassen – Religionsunterricht nur außerhalb der Schulen“.<sup>12</sup>

Aber in Moskau war längst entschieden worden, dass mit der Zulassung von politischen Parteien auch an die Zulassung einer christlichen Partei, der CDU, gedacht war. Die SMA hatte zunächst an die Wiedergründung des katholischen Zentrums gedacht, aber eine

---

<sup>9</sup> Vgl. Horst Groschopp/Eckart Müller, Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Aschaffenburg 2013, S.15

<sup>10</sup> Vgl. zum Zitat: Peter Brandt, Klaus Sühl u.a., Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Bonn, Berlin 1983, S. 109

<sup>11</sup> Vgl. dazu: Gerd Überschar (Hg.), Das Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘ und der ‚Bund Deutscher Offiziere‘, Frankfurt a/M 1996. Vgl. vor allem: Arbeitskreis für kirchliche Fragen im NKFD, On-Line Ausstellung: Widerstand!? o.J.

<sup>12</sup> Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 50 ff.

Partei, die beide Konfessionen vereinte und am Aufbau des „Sozialismus“, wenn auch aus „christlicher Verantwortung“ mitwirken wollte, war ihr noch lieber. Deshalb war auch nach 1947, in der Zeit des Wirkens der „Partei neuen Typus“, kein Gedanke daran, Bestrebungen von SED-Mitgliedern zuzulassen, einen „Freidenkerverband“ zu gründen, da der „Große Bruder“ bereits gesprochen hatte.<sup>13</sup>

### **Im Verborgenen: Freidenker in der DDR und vor allem in Berlin**

Aber haben sich die alten Freidenker, ob aus der SPD oder der KPD kommend, nach 1945 gar nicht mehr zu Wort gemeldet? Unbeachtet in der Literatur ist in dem Zusammenhang der Umstand, dass schon 1947 der Urania Verlag GmbH in Jena gegründet wurde, der die Zeitschrift „Urania“ herausgab. Der Untertitel lautete: „Monatsschrift über Natur und Gesellschaft“. Kein Wort zumindest im Titel über Atheismus oder Gottlose. Aber Heft 1 erschien 1947, auf dem Titelblatt deutlich erkennbar, im zehnten Jahrgang. Das war für den Kundigen ein deutlicher Hinweis auf den freidenkerischen Vorgänger aus der Zeit vor 1933. Offenbar gab es, wie Horst Groschopp konstatiert „viele ehemalige Freidenker in der SED, gerade in den Kultur- und Bildungsabteilungen. Deren Druck gab die SED-Führung innerparteilich nach, ohne außerhalb der Partei eine Sonderorganisation zuzulassen“.<sup>14</sup> Richtiger wäre es wohl zu sagen: ohne dass die SED eine solche Sonderorganisation zulassen durfte.

Im Jahre 1924 war in Jena der „linksozialistische freidenkerische Bildungsverein ‚Urania/Freies Bildungsinstitut e.V.‘“ gegründet worden. Der Verein gab die Zeitschrift „Urania“ im gleichnamigen Verlag heraus. Bis zum Verbot 1933 waren neun Jahrgänge erschienen. Und nun also im Jahre 1947 Jahrgang zehn. Die Erinnerung an alte freidenkerische Traditionen war bei den Herausgebern offenbar gewollt, wenn auch nur versteckt erkennbar.<sup>15</sup>

Nicht vergessen sind die Anfänge einer Freidenkerorganisation nach 1945 in Berlin, allerdings wird in dem Zusammenhang meist nur von Westberlin gesprochen. In allen Bezirken Berlins, also auch im sowjetischen Sektor, bildeten sich nach 1946 meist in Zusammenhang mit den SPD-Kreisverbänden neben Falken-Gruppen auch Freidenkergruppen. Als gesamtberliner Organisation bedurften sie der Lizenz der vier Alliierten, die sie nicht erhielten. Erst nach dem Ausscheiden der Sowjetunion aus der

---

<sup>13</sup> Vgl. zur Planung der sowjetischen Nachkriegspolitik bereits seit August 1943, zur Entscheidung, einen „Block“ antifaschistischer Parteien schon am 10. Juni 1945 zuzulassen und zur Gründung der CDU am 26.6.1945: SBZ-Handbuch, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber, München 1990, S. 9 ff.; S. 435 ff. und S. 515 ff.

<sup>14</sup> Vgl. Anm. 11, S.16

<sup>15</sup> Vgl. zur Vorgeschichte der „Urania“ seit 1924: „Urania (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, in: DDR-Handbuch, Band 2 M-Z, Köln 1985, S. 1400

Viermächteverwaltung Berlins und der Spaltung der Verwaltung Berlins beantragten die Falken erneut eine Lizenz und erhielten sie – freilich nur für die drei Westsektoren. Auf einer Wahlversammlung im Jahre 1950 waren jedoch Freidenker aus allen 20 Berliner Bezirken, also auch aus Ostberlin anwesend. Otto Ostrowski – 1946/47 kurzzeitig Berliner Oberbürgermeister (von ganz Berlin) – wurde zum Vorsitzenden des Deutschen Freidenker-Verbandes Berlin gewählt und er blieb es bis 1953.<sup>16</sup>

Die Ostberliner Freidenker waren meist Mitglied der bis 1961 auch in Ostberlin legal tätigen gesamtberliner SPD. Sie kamen in ihren sog. Patenbezirken in Westberlin zusammen, ihre Kinder nahmen an den in Westberlin organisierten Jugendweihen teil und auch an den von den Berliner Falken organisierten Sonnenwendfeiern. Sie waren und blieben Freidenker, auch als am 23. August 1961 die Berliner SPD ihre Ostberliner Genossen aus der Mitgliedschaft in der gesamtberliner Partei entließ, da kein offizieller Kontakt mehr möglich war. Die Ostberliner SPD hatte 1961 noch rund 6000 Mitglieder, von denen wohl die meisten Freidenker waren.<sup>17</sup>

## **II. Phasen der SED-Politik gegenüber den Kirchen, die Finanzierung der Kirchen und die Folgen dieser Politik in den Kirchen der DDR**

Die Kirchenpolitik der DDR war von einem Auf und Ab gekennzeichnet, orientiert an den Veränderungen der Politik in der DDR überhaupt. Zu Beginn der fünfziger Jahre war in der gerade gegründeten DDR auch im Bildungswesen ein neuerlicher „Stalinisierungsschub“ (Sonja Häder) erkennbar. Schon im Februar 1951 kam es im Land Brandenburg zu einem Konflikt mit der Kirche, der von der SED so schwerwiegend eingeschätzt wurde, dass sich das Politbüro der SED in einer Sitzung am 20. Februar 1951 ausführlich damit beschäftigte. Der gefasste Beschluss spiegelte die Haltung der SED zu „Kirchenfragen“ in jenem Jahr. Unter Punkt 4 des Beschlusses heißt es: „Pfarrer, die in Westberlin oder Westdeutschland ausgebildet sind, erhalten prinzipiell keine Zuzugsgenehmigung für die DDR.“ Punkt 5: „Im Falle von Maßregelungen fortschrittlicher Pfarrer durch die Kirchenbehörden hat das Innenministerium entsprechende Gegenmaßnahmen durchzuführen.“ Der Punkt 6 hält noch einmal fest, wie die Verantwortlichkeiten gegenüber den Kirchen in Brandenburg geregelt sind: „Da die in der Vereinbarung zwischen dem preußischen Staat und der Kirche 1924 und 1931

---

<sup>16</sup> Zu Otto Ostrowski vgl. Michael Schmidt, Verfolgung und Widerstand, in: humanismus aktuell, Hefte für Kultur und Weltanschauung, Heft 20, Berlin 2007, S. 64

<sup>17</sup> Vgl. zur Geschichte der Ostberliner SPD bis 1961: Siegfried Heimann, Im Osten schikaniert, im Westen vergessen? Ostberliner Sozialdemokraten in den frühen fünfziger Jahren, in: Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948 : 1958, hrsg. von Thomas Lindenberger, Michael Lemke, Burghard Ciesla, Berlin 2000, S. 153 -168; vgl. auch: Siegfried Heimann, Die Falken in Berlin. Die Jahre 1945-1950, Berlin 1990

getroffenen Vereinbarungen nach Auflösung des preußischen Staates [1947] an die SMA übergegangen und von dieser an die Regierung der DDR übertragen sind, haben lokale Vereinbarungen [gemeint: in Brandenburg] keine Rechtskraft.“ Immerhin erlaubte das Politbüro, dass der Kirchentag der evangelischen Kirche „im demokratischen Sektor von Berlin vom 8. – 15. Juli 1951 stattfinden“ darf, freilich könnten am Ende des Kirchentages „keine Transportmittel zur Verfügung gestellt werden“. Alle Beschlüsse sollten jedoch nur unter einem Vorbehalt gelten: Die Landesregierung Brandenburg erwarte eine „Erklärung der Kirche für die Erhaltung des Friedens, gegen die Remilitarisierung, für die Einheit Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages“. <sup>18</sup>

Der 1952 gefasste Beschluss der Parteiführung, den „Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe“ zu machen, führte auch zu einer weiteren Zuspitzung des Kampfes von Partei und Staat gegen die Kirchen. Die „Junge Gemeinde“ wurde zur „verbrecherischen“ Organisation erklärt. Was sich in den Schulen der DDR damals abspielte, kann in der Rede einer mutigen Schülerin aus Güstrow nachgelesen werden, die Uwe Johnson in seinem ersten, freilich zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlichten Buch „Ingrid Babendererde“ aufgeschrieben hat. <sup>19</sup> Aber nach Stalins Tod im Frühjahr 1953 und noch vor dem 17. Juni 1953 gab es einen Kurswechsel, der auch gegenüber den Kirchen einen Wandel bedeutete: Es wurde angeordnet, dass die Maßnahmen gegen kirchliche Einrichtungen einzustellen seien, kirchliches Eigentum zurückzugeben sei und der Religionsunterricht wieder nach dem bestehenden Schulgesetz durchgeführt werden solle. Der „Neue Kurs“ brachte auch ein Ende des Verbots der „Jungen Gemeinde“. <sup>20</sup>

Aber der weiterhin große Einfluss der Kirchen auf die Bevölkerung der DDR ließ die Partei und den Staat seit 1954/55 erneut umschwenken. Kirchenkritische Politik nahm wieder zu, befördert nicht zuletzt durch den Leiter der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg Otto Dibelius, der sich nicht scheute, die Kirchenpolitik in der DDR mit der der Nazis zu vergleichen.

---

<sup>18</sup> Vgl. Protokoll Nr. 34 der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 20. Februar 1951, in: Bundesarchiv Berlin, Sapmo DY 30/IV 212 -134

<sup>19</sup> Vgl. Uwe Johnson, Ingrid Babendererde. Reifeprüfung 1953, Frankfurt a/M 1985. Vgl. auch: Hermann Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Jungen Gemeinde 1950-1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42, 1994, 1, S. 95-127

<sup>20</sup> Vgl. das Protokoll Nr. 33/35 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 6. Juni 1953. Darin heißt es auch: „Die vorgesehenen Zuschüsse an die Kirchen sind zu zahlen“. Das Dokument ist abgedruckt in: Elke Scherstjanoi, Dokumente und Materialien, in: BzG 5/91, S.668 ff. Vgl. auch Sonja Häder, Von der „demokratischen Schulreform“ zur Stalinisierung des Bildungswesens – der 17. Juni 1953 in Schulen und Schulverwaltung Ost-Berlins, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Hrsg. von Jürgen Kocka, Berlin 1993, S. 207



Zugleich wurde Mitte 1954 die „Urania“ (Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse) gegründet. Vorbild war, wie konnte es anders sein, die sowjetische „Allunionsgesellschaft zur Verbreitung politischer und wissenschaftlicher Kenntnisse“. Der Mitbegründer der „Urania“, Hermann Duncker, verwies auf dem Gründungskongress ausdrücklich auf das sowjetische Vorbild. Die „Urania“ knüpfte aber durchaus bewusst auch an die Tradition der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert an. Die „Populärwissenschaft“ spielte für „die ideologische Konsolidierung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert eine Schlüsselrolle“. Das meist propagierte Buch in dem Zusammenhang war das 1899 erschienene Buch von Ernst Haeckel „Die Welträtsel“, in der DDR im Akademie Verlag 1960 wieder aufgelegt. Zuvor schon hatte Walter Ulbricht in seinen zahlreichen Reden zur Jugendweihe immer wieder auf das Buch von Haeckel hingewiesen, er habe es schon als Jugendlicher gelesen.<sup>21</sup> Die „Urania“ war als eine politische Massenorganisation gedacht, die die Menschen in der DDR über die neuesten Erkenntnisse vor allem in Natur- und Gesellschaftswissenschaften aufklären sollte, also eine Art Freidenkerorganisation ohne offene Kirchen- und Religionskritik, dafür aber vor allem zur Verbreitung „populärwissenschaftlicher Propaganda“, wie die offizielle Aufgabe genannt wurde. In der Schule übernahm das Fach „Gegenwartskunde“ diese Aufgabe. Die Mitgliederzahlen in der Urania stiegen im Laufe der Jahre rasant an: 1971 gab es über 28 000, im Jahre 1983 rund 51 000 Mitglieder. Das Buch „Weltall-Erde-Mensch“, das zur Jugendweihe verschenkt wurde, war, wie Walter Ulbricht es formulierte, „das Buch der Wahrheit“, löste großen Protest der Kirchen aus, dem es zu begegnen galt.<sup>22</sup>

Schon Mitte der fünfziger Jahre war ein Defizit bei der Aufklärung der DDR-Bürger (besser: bei dem Willen, den Einfluss der Kirchen zu mindern) deutlich erkennbar. Die SED in den Bezirken musste feststellen, dass viele DDR-Bürger vor allem auf dem Lande weiterhin im „Bann der Kirche“ standen. So kommentierte der Kirchenhistoriker Georg Diederich die Absicht der SED, Mitte der fünfziger Jahre „atheistische Ersatzriten“ zu beschließen, um der „Kirche das Feld der lebensbegleitenden Feiern und Riten“ streitig zu machen. In einem Arbeitspapier der SED-Kreisleitung Rostock vom März 1955 heißt es „Die Namensgebung, Eheschließung und Bestattung ist (!) ein wichtiger Akt im Leben unserer Bürger und wird noch in vielen Fällen von den Staatlichen Organen unterschätzt. ... Vielen Bürgern, die atheistisch denken, ist in nur wenigen Fällen gegeben, diese Anlässe feierlich zu gestalten.“ Die Kirchen nützten das aus, der Staatsapparat müsse daher gegensteuern. Zuvor schon war Mitte März 1954 vom Politbüro der SED die Durchführung landesweiter Jugendweihen beschlossen worden. Nun sollte nach

---

<sup>21</sup> Vgl. Anm. 7, S. 18

<sup>22</sup> Vgl. Anm. 7, S. 15 und Anm. 14, S. 1400

Abschluss des ersten „Jugendweihejahres“ ein strategisches Konzept erarbeitet werden, um den Kampf gegen die Kirchen „als stärkste legale Position der imperialistischen Kräfte“ erfolgreicher führen zu können. Und der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Die Beschlüsse zur Erleichterung des Kirchenaustritts lösten eine immer größer werdende Kirchenaustrittsbewegung aus.<sup>23</sup> Allerdings gab es auch bei dem Versuch, „Ersatzriten“ zu propagieren, das Vorbild der Sowjetunion, dem die SED, freilich weniger pompös, nachzueifern bestrebt war. Das Leningrader Atheismuseum war in den späten fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Vorbild bei dem Versuch eine „neue sozialistische Ritualkultur“ zu schaffen. 1959 gab es in Leningrad einen „Palast des Glücks“ für feierliche Eheschließungen, wenige Jahre später auch einen „Palast des Neugeborenen“.<sup>24</sup>

### **Zur Finanzierung der Kirchen in der DDR**

Diese Erfolge entbanden die DDR jedoch nicht von der von der sowjetischen Besatzungsmacht gewollten und von der KPD schon vor dem Ende des Krieges zugesagten finanziellen Förderung der Kirchen. Unter Bezug auf die Weimarer Reichsverfassung, die die Subvention der Kirchen und die Erhebung von Kirchensteuer für die Kirchen dekretierte, sah die Verfassung der DDR zwar die Trennung von Kirche und Staat vor, schloss aber eine Subvention der Kirchen und auch die Erhebung von Kirchensteuern nicht aus. Die CDU trat in die neue Regierung ein und als kritische Nachfragen aus der Partei wegen der Verschiebung der Wahlen kamen, erklärte Otto Nuschke, dass die CDU wegen der besonderen „Berücksichtigung der Wünsche der CDU in den das kirchliche Leben berührenden Angelegenheiten“ den Eintritt in die erste Regierung der DDR gewollt habe.<sup>25</sup>

Zugleich war Religion kein Schulfach (übrigens in ganz Berlin von 1948 an), aber den Kirchen war es auch in der DDR zunächst noch erlaubt, Religionsunterricht in Schulen zu erteilen. Mit dem 1952 propagierten „Aufbau des Sozialismus“ änderte sich das. Die Zuschüsse wurden um 25% gesenkt, der Religionsunterricht nur noch in Grundschulen, bald (ab 1958) überhaupt nicht mehr an Schulen erlaubt. Dazu kam, dass der Staat ab 1956 für die Kirchen keine Kirchensteuer mehr erhob. Die Folge war, dass die Kirchen trotz der staatlichen Zuwendungen in großen Geldnöten waren. Immerhin zahlte –

---

<sup>23</sup> Vgl. Georg Diederich, „Die Mehrzahl stand im Bann der Kirche“. Die Einführung atheistischer Ersatzriten im Bezirk Rostock 1955, in: DeutschlandArchiv 1, 1999, S. 34. Vgl. auch: Horst Groschopp, Atheismus und Realsozialismus in der DDR, in: humanismus aktuell, Berlin 2007, S. 78 f.

<sup>24</sup> Vgl. Anm. 6, S. 118

<sup>25</sup> In der Verfassung der DDR von 1949 heißt es im Art. 43: „Es besteht keine Staatskirche“. Vgl. zum Wortlaut der Verfassung (im Auszug) und zum Wortlaut des Briefes von Nuschke an die Mitglieder der CDU: DDR. Dokumente zur Geschichte der DDR 1945-1985, hrsg. von Hermann Weber, München 1986, S. 160 und S. 164

worauf Horst Groschopp hinweist – der Staat zwischen 1949 und 1989 fast 630 Millionen DDR-Mark, jährlich zwischen zwölf und am Ende zwanzig Millionen, an die Kirchen. In Konfliktzeiten mit den Kirchen gab es auch Kürzungen, so 1953 um 25%. Trotz der Kürzungen eine beachtliche Summe.<sup>26</sup> Aber im Vergleich zu einer anderen Rechnung war das eher wenig. Die Kirchen in der Bundesrepublik wollten ja ihren Bruderkirchen in der DDR helfen, direkte Zahlungen waren jedoch nicht erlaubt. Aber Rettung nahte, um die Kirchen aus ihrer finanziellen Not zu erlösen. Die Hilfe kam in Gestalt des „Offiziers in besonderem Einsatz“, des Oberstleutnants des Ministeriums fürs Staatssicherheit (MfS) Alexander Schalck-Golodkowski. Er war als Chef des Bereichs Kommerzielle Koordinierung beim Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel direkt dem SED-Generalsekretär Honecker und MfS-Chef Erich Mielke unterstellt. Seine Aufgabe war freilich nicht die Kirchen auszuspähen, sondern, im Gegenteil, in seiner Eigenschaft als „Devisenbeschaffer“ der DDR sollte mit ausgewählten Kirchenvertretern der Bundesrepublik vertrauensvoll und geheim zusammenzuarbeiten: Die Kirchen vereinbarten mit der DDR ein besonderes Verfahren des Devisenverkehrs von West nach Ost. Zitat Schalck: „Geliefert wurden Waren an die DDR. Dafür zahlte das Außenhandelsministerium den Kirchen bei uns Mark der DDR aus [...] Der Wert der vereinbarten jährlichen Warenlieferungen wurde den Kirchen in der DDR durch KoKo in Mark der DDR im Verhältnis 1:1 ausgezahlt.“ Die Kirchen in der DDR konnten ihre Pfarrer bezahlen und die DDR hatte wieder etwas mehr Devisen. Die „Transferleistungen“ waren natürlich in erster Linie ökonomischen Zwängen geschuldet, daher mussten sie auch geheim bleiben. Deshalb war für die diskrete Abwicklung dieser Geschäfte Schalck-Golodkowski bis 1989 bestens geeignet.<sup>27</sup>

Durch Warenlieferungen an Außenhandelsfirmen des Ministeriums für Außen- und Innerdeutschen Handel der DDR wurden allein aus diesen Geschäften von 1957 bis 1990 1,4 Milliarden DM in die DDR transferiert. Dazu kamen weitere Zahlungen u.a. im Rahmen des „Valutamark-Programms für kirchliche Neubauten“. Zusammen mit anderen Programmen belief sich die Förderung in diesem Zeitraum auf insgesamt über 4 Milliarden DM, ausgezahlt im Verhältnis 1: 1 in Mark der DDR, wie Friedrich Wilhelm Graf in seinem Aufsatz „Theologie und Kirchenpolitik im DDR-Protestantismus“ 1994 ausrechnete.<sup>28</sup>

---

<sup>26</sup> Vgl. Horst Groschopp, Freidenker in Deutschland nach 1945, in: Anm. 2, S. 13 f.

<sup>27</sup> Vgl. Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2001, S. 164 ff.

<sup>28</sup> Vgl. Friedrich Wilhelm Graf, Eine Ordnungsmacht eigener Art. Theologie und Kirchenpolitik im DDR-Protestantismus, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 297 f.

## Minderheitskirche

Aber wie wirkte sich die DDR-Kirchenpolitik, trotz aller Höhen und Tiefen, auf die Kirchen im Zeitverlauf bis zum Jahre 1989 aus? Seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts verfolgte die SED eine Politik der „gesellschaftlichen Ausgrenzung“ und eine „Differenzierungsstrategie, übrigens bis zum Herbst 1989: Förderung der ‚progressiven‘ und Bekämpfung der ‚feindlich-negativen‘ Kräfte in den Kirchen“. Die Kirchen versuchten sich mit einer Art „Gratwanderung zwischen Anpassung und Verweigerung“ zu behaupten.<sup>29</sup> Mit geringem Erfolg.

Der Kirchenhistoriker Detlef Pollack konstatierte im Jahre 1994, dass die Evangelische Kirche in der DDR im Laufe der Jahre seit 1949 von einer Volkskirche zur Minderheitskirche geworden war. (Die Katholische Kirche war es auf dem Gebiet der DDR schon immer:) Im Jahre 1949 gehörten 80,5% der Gesamtbevölkerung der DDR der evangelischen Kirche an und 11% der katholischen Kirche. Im Jahr der letzten Volkszählung in der DDR, die auch nach Kirchenzugehörigkeit fragte, im Jahre 1964, waren es nur noch 60% und 9% und im Jahre 1989 waren es (basierend auf Archivstudien des Autors Pollack und auf Umfragen) knapp 25% evangelische Christen und knapp 5% Katholiken. „Innerhalb von zwei Generationen stieg der Anteil von Konfessionslosen von reichlich 7% auf etwa 70%“. Verantwortlich waren verschiedene Gründe: Zunächst natürlich die „repressive Religionspolitik“ in der DDR. Diese erklärt nicht, warum in Phasen der Entspannung des Verhältnisses von Kirche und Staat der Rückgang der Kirchenzugehörigkeit nicht nachließ. Ein weiterer Grund wird daher zu Recht immer wieder genannt: der „weltweite Säkularisierungsprozess“, den auch die Kirchen in West und Ost offen beklagten. In der DDR kam hinzu, dass wegen der immer kleiner werdenden Zahl von Kirchenmitgliedern es für DDR-Bürger keine „gesellschaftlich abgesicherte Selbstverständlichkeit“ war, in der Kirche zu sein. Die Zahl der Kirchaustritte wuchs pro Jahr kontinuierlich an. Die Zahl der Jugendlichen, die an der Konfirmation teilnahmen, nahm ständig ab. Der Grad der Überalterung nahm ständig zu. Mit anderen Worten: die DDR schien den mal mehr, mal weniger heftig geführten Kirchenkampf gewonnen zu haben.

Warum dann aber so eine so intensive Überwachung der kirchlichen Aktivitäten, warum die sorgsame Platzierung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IMs) in den Reihen der Kirchenoberen und warum die immer umfänglicher werdenden alarmierenden Berichte des MfS an das Politbüro über „politisch subversive Elemente“ in den Kirchen?

---

<sup>29</sup> Vgl. Detlef Pollack, zit. nach Horst Dähn, Die Kirchen in der DDR (1945-1989, in: Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, hrsg. von Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert, Paderborn 203, S. 206

Die Antwort lautete: der Kirchenkampf war keineswegs gewonnen: Das „kirchliche Engagement“ der verbleibenden Kirchenmitglieder nahm deutlich zu. Das „Verbundenheitsgefühl“ mit der Kirche nahm nicht ab, war im Gegenteil größer als in der Bundesrepublik. Und es kam, sorgsam registriert vom MfS, schon in den siebziger und noch mehr in den achtziger Jahren zu „Mobilisierungsprozessen“ in den Kirchen, deren Träger „vor allem Angehörige der Generation der unter Dreißigjährigen“ waren. Das „politisch motivierte Interesse an Religion und Kirche, vor allem unter der Jugend“ wuchs stark an. Die vielfältig entstandenen Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen“ suchten das Dach der Kirche. Die Mitglieder in diesen Gruppen besaßen meist einen hohen Bildungsstand. Ein paar Zahlen: „Von den Konfessionslosen gaben 33% an, Abitur zu haben, von den Kirchgängern 42%. Sie wohnten meist in der Großstadt. Es war ein protestantisches Großstadtmilieu entstanden, „das vor allem von nicht-konventionellen, sozial engagierten, politisch motivierten, hochgebildeten Jugendlichen“ getragen war, wie Detlef Pollack resümierte. Sie riefen 1989 nicht „Wir wollen raus“, wie viele politisch unzufriedene Konfessionslose, sondern sie riefen „Wir bleiben hier“. Dazu kamen viele nichtkirchlich Gebundene in den oppositionellen Gruppen. Regimekritische Künstler, die Auftrittsverbot hatten, machten in Kirchen Musik und veranstalteten Lesungen ihrer Texte. Von großer Bedeutung war eine große Zahl junger Pfarrer\_innen, (nicht wenige waren Pfarrer geworden, weil sie keine andere Fächer studieren durften), die sich um das Arrangement ihrer Kirchenoberen mit dem SED-Staat wenig scherten und ihre Kirchentüren offenhielten, auch wenn mancher Bischof darüber räsonierte.<sup>30</sup>

### **III. Wie und warum kam es 1988/89 zur Gründung eines Freidenkerverbandes in der DDR**

Wie sah nun angesichts des letztlich erfolglosen Kirchenkampfes der SED die politischen Verhältnisse in der DDR seit Mitte der achtziger Jahre aus, die das Politbüro der SED veranlassten, zu einer letzten Offensive zu blasen und einen Freidenkerverband in der DDR gründen zu lassen, um in letzter Minute das Ruder herumzureißen? Wie sah es in der SED und in der SED-Führung aus und wie sah das Personal aus, das die Rettung aus allerhöchster Not bringen sollte?

---

<sup>30</sup> Vgl. , auch für alle Zitate: Detlef Pollack, Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität und Kirchlichkeit in der DDR, in: Sozialgeschichte der DDR, hrsg. von Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr, Stuttgart 1994, S. 271-294, die Zitate: S.271f , S. 273, S. 287 f.  
Für die Berichte des MfS über die Situation in den Kirchen im Jahre 1989 vgl. „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS Januar -November 1989, hrsg. von Armin Mitter und Stefan Wolle, Berlin 1990, S. 113 ff.; S. 153 ff.

## Zur SED-Führung

Seit 1987 wurden in der SED zunehmend Stimmen laut, die die „ideologische Versteinierung“ (Dietrich Mühlberg)<sup>31</sup> auflösen wollten. So enthielten die im Arbeitskreis „Moderner Sozialismus“ an der Humboldt Universität diskutierten Thesen viele kluge Ideen, aber keiner kam auf die Idee, mithilfe eines „Freidenkerverbandes“ die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, das meint: von unten, von der Basis der Partei kam in dieser Hinsicht nichts.<sup>32</sup>

In der SED-Parteiführung stellten einige Mitglieder des Politbüros und deren engere Mitstreiter Überlegungen an, wie sie die lähmende Gerontokratie um Honecker entmachten könnten. Die Taubheit des ersten Sekretärs Erich Honecker gegenüber den immer dringlicher werdenden Warnungen vor einem ökonomischen Kollaps der DDR war zu offensichtlich geworden. Egon Krenz registrierte, dass Honecker „aus verschiedenen Gründen, auch aus gesundheitlichen, nicht mehr den Aufgaben gewachsen war, die er in seinen Funktionen zu lösen hatte. Diese Beobachtung machte ich nicht erst im Oktober [1989], sondern schon seit 1987. Ich war nicht der Einzige im Politbüro, der dies bemerkte. Ich habe aber viel zu spät die Auseinandersetzung mit ihm gesucht.“ Es dauerte über zwei Jahre, bis sich Egon Krenz im Herbst 1989 aus der Deckung traute.<sup>33</sup> Immerhin konnte er zufrieden registrieren, dass bereits im Sommer 1989 auch Erich Mielke auf Distanz zu Honecker gegangen war. Der langjährige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer hatte im Juni 1989 Erich Mielke erklärt, dass die „Führungsstrukturen verändert, Erich Honecker, Günter Mittag und Joachim Hermann aus ihren Funktionen entfernt werden müssten“. Schürer dazu später: Mielke habe ihm gesagt, er sehe das ähnlich.<sup>34</sup> Honecker und Mielke seien „kein Paar mehr“, resümierte die Historikerin Wilfriede Otto in ihrer sehr lesenswerten Biographie Mielkes.<sup>35</sup>

## Zum Personal der Gründer eines Freidenkerverbandes

---

<sup>31</sup> Vgl. Dietrich Mühlberg, Welche sozialkulturellen Defizite Ende der 1980er Jahre zur Gründung eines Freidenkerverbandes in der DDR führten, in: humanismus aktuell. Säkulare Geschichtspolitik, Berlin 2007, S.99

<sup>32</sup> Vgl. zum Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“: Andreas Malycha/Peter Jochen Winter, Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei, Bonn 2009, S.320

<sup>33</sup> Vgl. Interview mit Egon Krenz, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 11. August 2019. Vgl. auch: Egon Krenz, Wenn Mauern fallen, Wien 1990

<sup>34</sup> Vgl. Hans-Hermann Hertle u.a., „Der Honecker muß weg!“ Protokoll eines Gesprächs mit Günter Schabowski am 24.4.1990, Berlin 1990. Darin auch: Dokumentation: Wolfgang Herger, Werner Jarowinsky, Egon Krenz, Günter Schabowski u.a., Zu Ursachen für die Krise in der DDR und in der Gesellschaft, Bericht für den ao. Parteitag der DDR im Dezember 1989

<sup>35</sup> Vgl. Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 459

Am 13. Januar 1989 kamen im Künstlerclub „Die Möwe“ – so erinnert sich der Zeitzeuge Dietrich Mühlberg – „etwa fünfzig (alte) Männer“ zusammen, um einen „Arbeitsausschuss“ des von oben ins Leben gerufenen Freidenkerverband der DDR zu bilden. Mühlberg – etwas pauschal urteilend, wie er selbst einräumt – schildert die Zusammenkunft. „Es war eine Versammlung von Besserwissern aller Art, in sich zwar recht widersprüchlich, doch übergreifend war das Selbstverständnis, dass man sie gerufen hatte, Menschen mit offensichtlichen Orientierungsschwierigkeiten den rechten Weg zu weisen. Man muss hinzufügen, dass viele von ihnen mehr oder weniger ängstlich bemüht waren, nicht erkennen zu lassen, was sie von der kritischen Situation des politischen Systems hielten.“<sup>36</sup>

Viele Spuren haben die Gründer und ihre Organisation nicht hinterlassen. In dem dicken Sammelband (1480 Seiten!) über Parteien und Organisationen der DDR, erschienen 2003, fand der Freidenkerverband noch nicht einmal auf einer ganzen Seite nur eine kurze Erwähnung. Darin heißt es: „Die späte Gründung signalisierte die politische Krise in der DDR, speziell das Scheitern der von der SED betriebenen Kirchenpolitik, die darauf gerichtet war, insbesondere die Jugend von kirchlichen Einflüssen fernzuhalten [...] Folgerichtig wurden die finanziell üppig unterstützten organisatorischen Vorbereitungen für die Gründung des VdF wesentlich vom Zentralrat der FDJ getragen und der langjährige vom ZK der SED bestellte hauptamtliche Parteisekretär im Zentralrat, Eberhard Schinck, wurde Sekretär des VdF“.<sup>37</sup>

Aber wie kam es zur Gründung? Am Anfang der öffentlichen Wahrnehmung einer Gründung stand eine erstaunliche Attacke gegen Manfred Stolpe im Neuen Deutschland vom 11. Januar 1989. Erstaunlich, weil Stolpe in der Öffentlichkeit und in der SED-Führung als kritischer Freund der DDR galt. Er hatte einen Tag zuvor in einem Interview mit der Zeitung „Die Welt“ die Bundesrepublik aufgefordert, die Präambel in Grundgesetz zu ändern, um keine Illusionen über eine bevorstehende Wiedervereinigung aufkommen zu lassen und zugleich die „Springer-Presse“, zu der die Welt gehörte und gehört, ermahnt, endlich die Schreibweise „DDR“ in Anführungszeichen zu ändern. Also deutliche Worte im Sinne der DDR. Im Neuen Deutschland dagegen war zu lesen, dass Stolpe offenbar immer noch nicht weiß, dass in der DDR Religionsfreiheit bestehe und Stolpe sollte sich deshalb nicht zu staatlichen Fragen äußern, die ihn nichts angingen.

---

<sup>36</sup> Vgl. Anm. 32, S.102

<sup>37</sup> Verband der Freidenker der DDR (VdF), in: Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, hrsg. von Gerd Rüdiger Stephan u.a., Berlin 2002, S.826

Die Kritik an Stolpe war zumindest „ungewöhnlich“, wie ein Journalist schrieb. Die Evangelische Kirche in der DDR sah darin und sicher zu Recht, den Beginn einer „härteren Gangart“ gegen die Kirchen. Der Historiker Ilko Sascha Kowalczuk deutete diesen Vorgang sehr plausibel: „Da machte es durchaus Sinn [für die SED-Führung], gerade jenen Mann anzugreifen, der ihr gegenüber besonders loyal auftrat. Der aber auch in vielen Gruppen Ansehen und Vertrauen besaß“. Kurz danach folgte der schon im Politbüro der SED im Dezember 1988 beschlossene Versuch einer „Offensive“.

Erstaunlich blieb – schauen wir zurück – die Wahrnehmung der „Offensive“ in der Öffentlichkeit, das meint nicht die Pseudo-Öffentlichkeit in den Medien der DDR. Ilko Sascha Kowalczuk kommentierte: „Das öffentliche Getöse stand dabei in keinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Resonanz [...] Niemand glaubte, dass der Freidenker-Verband, wie öffentlich behauptet, ohne staatliche Schützenhilfe zustande gekommen sei. Schon der erste Vorsitzende, der Pädagogik-Professor Helmut Klein, langjähriger Rektor der Humboldt-Universität und SED-Funktionär, stand nicht dafür. Tatsächlich hatte das SED-Politbüro am 6. Dezember 1988 mit dem Beschluss zur Verbandsgründung auf die Ereignisse von 1987/88 reagiert. Das MfS war von Anfang an einbezogen.“<sup>38</sup> Der Verband sollte 100 hauptamtliche Funktionäre einstellen und eine Zeitschrift herausgeben dürfen, Bezirks- und Kreisstrukturen sollten (von oben) geschaffen werden, nicht etwa ‚spontan‘ von unten entstehen.

„In der Zentrale in Ost-Berlin bezog das MfS einen eigenen Arbeitsraum“. Immer wieder kam es zu Gesprächen zwischen dem Vorsitzenden Klein und dem Sekretär Schinck mit dem MfS. So bat Klein etwa um eine „Kurzauskunft zu fünf Verfassern von negativen Einsendungen.“ Besonders bezeichnend der Wunsch von Schinck, eine im Verband arbeitende Sekretärin zu überprüfen, da die Frau geschieden und „er keinerlei Kenntnisse über Umgangskreis und Freizeitverhalten hat“. Verbandsführung und MfS fürchteten eine Unterwanderung durch „negative Elemente“. In einem Bericht über eine Aussprache des MfS mit Klein heißt es: „Um politischen Mißbrauch, evtl. konterevolutionäre Bestrebungen und Kirchenkampf zu verhindern, muß mit dem Aufbau nach seiner [Kleins] Meinung in jeder Wohngebietsgruppe ein Stamm handfester Genossen als Kern gewonnen werden.“<sup>39</sup> Von einer Bewegung von unten, wie einige „Märchenerzähler“ über die Verbandsgründung bis heute erzählen, konnte keine Rede sein.<sup>40</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. Ilko-Sascha Kowalczuk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, zu Stolpe: S. 304; zum Beschluss des Politbüros: S. 305 f.

<sup>39</sup> Vgl. „Bericht vom 25.1.1989 über ein Gespräch mit dem Vors. VdF am 19.1.1989, BSTU, HA XX/4934, Blatt 42-44; Bericht über eine Absprache mit Eberhard Schinck; 7.3.1989, BSTU, HA XX/4934, Blatt 154; Bericht über eine Aussprache mit Prof.



Sicher gab es nicht wenige in der aufgewühlten Gesellschaft der DDR im Jahre 1989, die den Gründungsauftrag für bare Münze nahmen und auch Hoffnungen damit verknüpften. Manche schrieben an den Vorsitzenden Klein, weil sie nun auch in der DDR „Glasnost“ erhofften. Klein sah in ihnen nur „negative Elemente“. Nicht wenige zunächst durchaus Interessierte aber verloren die Gründung eines Freidenkerverbandes in der DDR im Trubel des Jahres 1989 völlig aus dem Auge. Der bei Gründungsversammlung anwesende Dietrich Mühlberg, befragt, wie er die Neugründung beurteilte und wie aktiv er in dem von ihm mitgegründeten Verband gewesen sei, sagte nüchtern: „Der neue Verband war selbstverständlich ein gut beobachteter Testballon, ob das wohl ohne Ärger abgehen könnte. Bald stellte sich für mich heraus, wie riesengroß die ängstliche Vorsicht der Verantwortlichen war, und ich verabschiedete mich aus dieser Unternehmung [...] Ich muss gestehen, dass ich den Freidenkerverband in dem turbulenten Jahr 1989 ganz aus den Augen verloren habe“.<sup>41</sup>

#### **IV. Schlussbemerkung: Was war es denn nun: Politbüro-Gründung oder Stasi-Gründung: und wo ist der Unterschied?**

Das Ende der DDR, besser der Kollaps, kam schneller als von vielen, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, erwartet wurde. In den letzten Monaten des Jahres 1989 und letztlich bis zum 3. Oktober 1990 spielte in der Erinnerung vieler Zeitzeugen an diesem Prozess der revolutionären Veränderung der DDR die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit eine große Rolle. Das war nicht verwunderlich, da die immer mehr Menschen anziehende Bürgerbewegung schon immer und im Jahre 1989 noch einmal verstärkt durch die Aktivitäten der Staatssicherheit Opfer der Beobachtung, der „Zersetzung“, von Verhaftungen durch die Staatssicherheit war.<sup>42</sup>

Die Bürgerbewegung nahm erst im März 1989, bei den ersten freien Wahlen in der DDR, ungläubig zur Kenntnis, dass sie trotz der Massendemonstrationen im Herbst 1989 nur eine Minderheit in der Bevölkerung der DDR war. Das Wirken der Staatssicherheit aber blieb unvergessen. Wenn die Gründung einer Freidenkerorganisation im letzten Jahr der Existenz der DDR in den Ruch der „Stasigründung“ geriet, war für die Einen sofort der

---

Dr. Klein vom 7.3.1989, BSTU, HA XX/4934, Blatt 159. Zitiert nach: Ilko-Sascha Kowalczyk, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 306 f. und S. 568

<sup>40</sup> Jüngstes Beispiel einer solchen „Märchenerzählung“ stammt vom damaligen ersten Geschäftsführer Eberhard Schinck. Vgl. Eberhard Schinck, Neugründung der Freidenkerbewegung in der DDR 1989, in: Freidenker 3, 2019, S. 50-58

<sup>41</sup> Vgl. Gab es in der DDR Freidenker? oder Was wurde 1989 gegründet?, Interview mit Professor Dietrich Mühlberg, in: „Kein Jenseits ist, kein Aufersteh'n. Freireligiöse in der Berliner Kulturgeschichte, Berlin 1998, S. 232 und S. 234

<sup>42</sup> Vgl. dazu: Dorothee Wierling, Die Stasi in der Erinnerung, in: Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, hrsg. von Jens Giesecke, Göttingen 2007, S. 187-208, besonders S. 206 ff.

Stab über den „Verband der Freidenker“ gebrochen, für Andere aber galt es, den Verband aus diesem Ruch zu befreien und ihn damit zu einer Bewegung „von unten“ zu machen.

Vergessen blieb, was die Staatsicherheit der DDR stets war, was sie auch immer wieder voller Stolz wiederholte, nämlich „Schild und Schwert der Partei“, in Wahrheit natürlich des „Politbüros“ der SED. Diese Vergessenheit war nicht wenigen führenden Mitgliedern der Partei durchaus sehr Recht.

Wir erinnern uns an den 13. November 1989 in der Volkskammer. Erich Mielke sprach wirr und sagte mittendrin den bekannten Satz: Ich liebe euch doch alle“. Seine Kollegen in der Staatsicherheit waren entsetzt und distanzieren sich sogar. Aber, worauf Ilko-Sascha Kowalczyk sehr überzeugend hinweist: „Es war zugleich die beste Steilvorlage für die SED-Führung um Krenz und Modrow, nun fortan neben Honecker die gesamte Schuld auf das MfS abzuwälzen. Ein Vorgang, der prächtig funktionierte und es bis heute tut. Die SED wurde entlastet, die Blockflöten stellten sich als Saubermenschen und bald sogar nicht wenige als verkappte Widerständler dar, und die Stasi wurde zum Sündenbock für das gesamte Unrecht abgestempelt.“

Dabei hatte Mielke und sein Amt (und anders als Mielkes wirrer Auftritt vermuten ließ) in den Jahren zuvor immer wieder „realitätsnahe Analysen über die gesellschaftliche Situation“ vorgelegt. Mielke hatte sogar explizit betont, dass die DDR in „existentielle Nöte“ geraten werde, wenn die Politik sich nicht ändere: „Das MfS war als strukturelles Organ der SED – allein dieser war es rechenschaftspflichtig – überhaupt nur als einzige Institution in der Lage, solche ungeschminkten Zustandsberichte zu erarbeiten, den jeweils zuständigen SED-Verantwortlichen vorzulegen und diesen auch noch Vorschläge zu unterbreiten, was politisch zu tun sei“. <sup>43</sup> So zum Beispiel, wie dem in den letzten Jahren der DDR wieder wachsenden Einfluss der Kirchen zu begegnen sei. Das Politbüro beschloss, einen Freidenkerverband zu gründen und die Staatsicherheit der DDR exekutierte den Beschluss. Soviel zur eingangs gestellten Frage.

---

<sup>43</sup> Vgl., auch für die Zitate: Ingo-Sascha Kowalczyk, Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019, S. 38. Verschwiegen sei nicht, dass auch der Autor dieser Darstellung diesem Trugschluss von der „Stasigründung“ des VdF aufgesessen war.

Quelle: Der Beitrag ist die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages, den der Autor am 27.2.2020 im Humanistischen Salon Berlin, moderiert von Manfred Isemeyer, gehalten hat.